

Erscheint täglich  
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition  
Johannisstraße 33.  
Sprechstunden der Redaction:  
Borntags 10—12 Uhr.  
Nachmittags 4—6 Uhr.

Für die Abgabe einzelner Blätter  
kann man sich bei der Redaction oder  
bei den Buchhändlern erkundigen.

Annahme der für die nächst-  
folgende Nummer bestimmten  
Anzeigen an Wochentagen bis  
3 Uhr Nachmittags, an Sonn-  
und Festtagen früh bis 1/2 Uhr.

In den Anzeigen für Anzeigen:  
Otto Stemm, Unterstadtstr. 22,  
Schildergasse, Rathhausstr. 18, p.  
nur bis 1/2 Uhr.

# Leipziger Tageblatt

und  
**Anzeiger.**

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 16,000.

Abonnementspreis vierteljährlich 4/2 Rthl.,  
incl. Frachtlohn 5 Rthl.,  
durch die Post bezogen 6 Rthl.  
Jede einzelne Nummer 25 Pf.  
Belegexemplar 10 Pf.  
Gebühren für Extrablätter  
ohne Postbefreiung 30 Pf.  
mit Postbefreiung 45 Pf.

Einzelne 5gep. Zeitungsblätter 20 Pf.  
Druckerey-Gehälter laut unserm  
Preisverzeichnis. — Tabellarischer  
Zug nach höherem Tarif.

Kleinere unter dem Redactionstisch  
die Spaltweite 40 Pf.  
Inserate sind stets an d. Expedition  
zu senden. — Rabatt wird nicht  
gegeben. Zahlung prosumendo  
oder durch Postnachschuß.

**№ 195.**

Montag den 14. Juli 1879.

73. Jahrgang.

## Bekanntmachung.

Das 21. Stück des diesjährigen Reichs-Gesetzblattes ist bei uns eingegangen und wird bis zum 2. August d. J. auf dem Rathhaussaale öffentlich ausbleiben. Dasselbe enthält: Nr. 1310. Bekanntmachung, betreffend die vorläufige Einführung von Eingangszöllen auf Tabak und Tabakfabrikate. Vom 7. Juli 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Georai. Stöck.

## Bekanntmachung.

Wir bringen hiermit zur öffentlichen Kenntniß, daß vom 15. d. M. ab die Hindemühlstraße auf dem Tracto von dem Königsplatz bis zur Emilienstraße wegen Neubaus einer Schleuse für den durchgehenden Fahrverkehr bis auf Weiteres gesperrt wird.

Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Georai. Bangemann.

## Bekanntmachung.

Die Jahreszinsen der Städtischen Stiftung im Betrage von ca. 300 A sind am 8. September dieses Jahres an „in Leipzig befindliche, arme, verheiratete Bürgerwitwen“ zu vertheilen.

Ausgeschlossen sind Witwen- oder Armenunterstützungs-Empfängerinnen. Bewerberinnen haben sich bis zum 4. August d. J. in der Rathhausstraße (Rathhausdurchgang) anzumelden.

Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Georai. Bangemann.

## Schluss des Reichstags.

Der „lange Reichstag“ hat sein Ende erreicht. Mit 217 gegen 117 Stimmen ist das neue Tarifgesetz angenommen worden. Die Umkehr unserer Zollpolitik ist besiegelt. Wie gern sollte nicht jedes patriotische Herz wünschen, daß die überwindlichen Hoffnungen, welche sich an dieses Werk knüpfen, in Erfüllung gehen möchten! Leider aber sind die trüblichen Besorgnisse, welche sich bei der ersten Kunde von dem Tarifentwurf aufdrängten, durch die Beschlässe der letzten Monate nur gesteigert worden. Ein so gemäßigter Mann wie Delbrück hat in der letzten Reichstags-Sitzung die Summe dieser Besorgnisse gezogen; sie lauten in ihrer knappen Sachlichkeit vernichtend für die neue Politik. Allein, es ist in diesem Augenblicke nicht mehr die Zeit, mit theoretischen Gründen zu streiten. Einmal gilt es, die Wirkungen abzuwarten.

Daher noch als die wirtschaftliche Lage läßt sich am Schlusse der Session die politische an. Wie optimistisch man immer sich die Bedeutung des sog. Antrags v. Frandenstein zurechnen mag, er ist und bleibt ein Sieg der Centrumpartei. Dem neben den Reichstagsgesetzen bedeutungsvollsten Fortschritte in der Entwicklung des Reichs ist der Stempel derjenigen aufgedrückt, welche unsere nationale Neugestaltung bis dahin auf's Erbitterteste bekämpft haben, während die treuesten Freunde in der Begründung und dem Aufbau des Reichs zum größten Theile verneinend zur Seite stehen. Diese entsetzliche Stellung des Centrums laun und wird nicht — der Reichstanzler selbst hat Dies mehr oder weniger zugegeben — ohne Folgen für das Verhältnis dieser Partei und der Regierung überhaupt sein.

Dieser thatsächlichen Lage gegenüber haben wir nicht die unverwundliche Besorgnislosigkeit, welche uns vielfach angerathen wird. Der deutsche Liberalismus hat die Früchte des conservativ-liberalen Bündnisses zu lange und zu bitter gekostet! Gewiß hat sich seitdem die Gesamtlage erheblich verändert in Deutschland. In unseren öffentlichen Einrichtungen selbst liegt ein festes Bollwerk gegen eine Reaction im Stille früherer Jahrzehnte. Aber darum sollen wir es mit der Gefahr einer derartigen Bewegung doch nicht zu leicht nehmen. So lange Fürst Bismarck an der Spitze des Reichs steht, mag es seinem mächtigen Einflusse gelingen, den Schaden einer selbst von dem Abg. Gneist als widernützlich und verwerflich charakterisirten gesetzlichen Einrichtung, wie sie durch den Antrag Frandenstein getroffen wird, zu paralysiren.

Es ist an der Zeit, daß wir bei dem Aufbau des Reichs die Selbsttäuschung ausgeben, als ob uns in der Stellung des Reichstanzlers für alle Zeiten eine so gewaltige, alles Andere überragende Persönlichkeit garantiert wäre, wie wir sie gegenwärtig besitzen. Auch verirrten wir uns nicht zu der Ueberzeugung, als ob der Antrag Frandenstein bereits die Zertrümmerung des Reichsfundamentes bedenkete; aber wir sehen mit ihm eine Zeit schwerer innerer Kämpfe heranziehen, die unsern jungen Staatsoberhäuptern hätte erspart bleiben sollen. In diesen Kämpfen ist es für eine liberale Partei die erste Pflicht, zur rechten Zeit feste Stellung zu fassen. Die nationalliberale Partei that Dies, indem sie sich ruhig auf dem Boden ihres alten Programms stellt. Welch wunderlicher Wandel auch der Dinge im Allgemeinen sich bemächtigt hat, die nationalliberale Partei hat sich nicht verändert. Wohl aber ist ihre Stellung zur Regierung eine andere geworden. Was sie mit dem Fürsten Bismarck verband, Das war die Uebereinstimmung in der Grundrichtung der auf den Aufbau des Reichs abzielenden Politik.

117 Stimmen gegen das Gesetz; 2 Mitglieder enthielten sich der Abstimmung. Nach Beilegung der kaiserlichen Schlichtbotschaft durch den Reichstanzler wurde die Sitzung unter dreimaligem Hoch auf den Kaiser geschlossen.

Die nationalliberale Fraction hat infolge des Austritts des Abg. Böll in der Donnerstag-Sitzung des Reichstags recht peinliche Verhandlungen zu führen gehabt, die damit endeten, daß die Fraction ihr Bedauern ausdrückte über die Art und Weise, wie Herr Böll gegen die von Fraktionsgenossen im Reichstage entwickelten Ausführungen polemisch hatte. Infolge dieses Beschlusses sind folgende Mitglieder aus der Fraction ausgetreten: Böll, Schenk, v. Puttkamer-Fraustadt, Servas, Klein, Krewy, Kersch, Währ (Kosel), v. Ohlen, Bamer, Jinn, Römer (Württemberg), v. Hölzer, Bopel, Jäger (Reuß), Frenkel. Bereits am Freitag hatte auch der Abg. v. Treitschke dem Vorstande seinen Austritt angezeigt, weil er in der Abstimmung der großen Mehrheit der Fraction gegen den Zolltarif einer verhängnisvollen politischen Fehler erliden zu müssen meinte, für welchen wie für dessen Folgen er die Verantwortung nicht übernehmen wollte.

Ueber die österreichische Cabinetstrife schreibt die „N. Fr. Presse“: In dem Minister-rathe, welcher am 11. Juli unter dem Vorsitz des Herrn v. Stremonyr abgehalten wurde, ist ein Beschluß über den Rücktritt des Cabinets noch nicht gefaßt worden. Ueber diese Frage soll erst in einem Ministerrathe entschieden werden, welcher im Laufe der nächsten Woche unter dem Vorsitz des Kaisers abgehalten werden wird. Das Cabinet ist nach wie vor entschlossen, seine Entlassung zu erbitten, und zwar mit der Motivirung, daß das Ergebnis der Wahlen ihm das längere Verbleiben im Amte nicht gestatte. Daß die Entlassung des Ministeriums angenommen und daß Graf Taaffe mit der Neubildung des Cabinets betraut werden wird, ist nicht zu bezweifeln. Wie lange ein solches Cabinet angedauert der Zusammensetzung des neuen Abgeordnetenbundes und nach den Jugendsünden, welche den jetzigen bereits gemacht wurden, sich halten werde, ist allerdings eine andere Frage. Die liberale Partei ist jedenfalls ungeachtet der Einbußen, die sie anleugbar in den Wahlen erlitten hat, stark genug, um mit Ruhe und Gleichmuth der weiteren Entwicklung der Dinge entgegenzusehen zu können.

Die italienische Ministertrife ist noch nicht zum endgültigen Abschlusse gelangt. Von den in Aussicht stehenden und gestern bereits auf telegraphischem Wege namhaft gemachten neuen Ministern stimmten Cairoli, Billa und Baccarini in der Deputirtenkammer anlässlich der Beratung der Wahlstimmverträge für die einfache Tagesordnung, durch welche der Sturz des Ministeriums Depretis herbeigeführt wurde. Die Tagesordnung wurde von dem designirten Minister der öffentlichen Arbeiten Baccarini eingebracht, welcher bereits in dem am 23. März 1878 gebildeten Cabinet Cairoli, das später durch das Ministerium Depretis abgelöst wurde, das Portefeuille der öffentlichen Arbeiten innehatte.

## Politische Uebersicht.

Der Reichstag erledigte in seiner letzten Sitzung am Sonnabend noch einige kleinere Gegenstände und beschäftigte sich im Uebrigen lediglich mit der Beendigung des Tarifgesetzes. In der Beratung der noch rüchständigen Positionen des Tarifs wurden alle Ermäßigungsanträge selbstverständlich abgelehnt, andererseits aber auch die Erhöhungsanträge bis auf einen, nämlich die Erhöhung des Postzolls für gewebte Spandtücher von 300 Mark auf 450 Mark. Die vom Abg. Richter-Reihen wiederum beantragte Erhöhung des Ochsenzoll von 20 auf 25 Pfennig wurde seitens der Regierung für unannehmbar erklärt und infolge dessen abgelehnt. Ein Antrag auf Wiedereinführung eines Kampenanzugszolls wurde nach einer ähnlichen Erklärung der Regierung zurückgezogen. Eine hochpolitische Debatte knüpfte sich noch einmal an das schließlich zur Discussion gelangende eigentliche Tarifgesetz. Der Abg. Gneist entwickelte meisterhaft, wie dasselbe sowohl mit dem Geiste der Reichsverfassung wie mit den unerlässlichen constitutionellen Forderungen des Reichstags im Widerspruch stehe, gelangte aber trotzdem vermittels einer ebenso künstlichen wie beweiskräftigen Argumentation zu dem Schlusse, daß man für die Vorlage stimmen müsse. Der Abg. von Treitschke führte mit gewohnter warmer Beredsamkeit die Gründe aus, welche seine Abstimmung für das Tarifgesetz rechtfertigen sollten, während der Abg. Koller nochmals den Standpunkt der großen Mehrheit der nationalliberalen Partei darlegte. Den weitest tiefsten Eindruck aber machte die vor treffliche Rede, in welcher der Abg. Delbrück seine Abstimmung gegen das ganze Gesetz motivirte. Durchgelesen wurde übrigens noch, daß die Getreidezölle erst am 1. Januar 1880, statt am 1. October 1879, in Kraft treten. Die Schlußabstimmung ergab 217 Stimmen für und

117 Stimmen gegen das Gesetz; 2 Mitglieder enthielten sich der Abstimmung. Nach Beilegung der kaiserlichen Schlichtbotschaft durch den Reichstanzler wurde die Sitzung unter dreimaligem Hoch auf den Kaiser geschlossen.

Die nationalliberale Fraction hat infolge des Austritts des Abg. Böll in der Donnerstag-Sitzung des Reichstags recht peinliche Verhandlungen zu führen gehabt, die damit endeten, daß die Fraction ihr Bedauern ausdrückte über die Art und Weise, wie Herr Böll gegen die von Fraktionsgenossen im Reichstage entwickelten Ausführungen polemisch hatte. Infolge dieses Beschlusses sind folgende Mitglieder aus der Fraction ausgetreten: Böll, Schenk, v. Puttkamer-Fraustadt, Servas, Klein, Krewy, Kersch, Währ (Kosel), v. Ohlen, Bamer, Jinn, Römer (Württemberg), v. Hölzer, Bopel, Jäger (Reuß), Frenkel. Bereits am Freitag hatte auch der Abg. v. Treitschke dem Vorstande seinen Austritt angezeigt, weil er in der Abstimmung der großen Mehrheit der Fraction gegen den Zolltarif einer verhängnisvollen politischen Fehler erliden zu müssen meinte, für welchen wie für dessen Folgen er die Verantwortung nicht übernehmen wollte.

Ueber die österreichische Cabinetstrife schreibt die „N. Fr. Presse“: In dem Minister-rathe, welcher am 11. Juli unter dem Vorsitz des Herrn v. Stremonyr abgehalten wurde, ist ein Beschluß über den Rücktritt des Cabinets noch nicht gefaßt worden. Ueber diese Frage soll erst in einem Ministerrathe entschieden werden, welcher im Laufe der nächsten Woche unter dem Vorsitz des Kaisers abgehalten werden wird. Das Cabinet ist nach wie vor entschlossen, seine Entlassung zu erbitten, und zwar mit der Motivirung, daß das Ergebnis der Wahlen ihm das längere Verbleiben im Amte nicht gestatte. Daß die Entlassung des Ministeriums angenommen und daß Graf Taaffe mit der Neubildung des Cabinets betraut werden wird, ist nicht zu bezweifeln. Wie lange ein solches Cabinet angedauert der Zusammensetzung des neuen Abgeordnetenbundes und nach den Jugendsünden, welche den jetzigen bereits gemacht wurden, sich halten werde, ist allerdings eine andere Frage. Die liberale Partei ist jedenfalls ungeachtet der Einbußen, die sie anleugbar in den Wahlen erlitten hat, stark genug, um mit Ruhe und Gleichmuth der weiteren Entwicklung der Dinge entgegenzusehen zu können.

Die italienische Ministertrife ist noch nicht zum endgültigen Abschlusse gelangt. Von den in Aussicht stehenden und gestern bereits auf telegraphischem Wege namhaft gemachten neuen Ministern stimmten Cairoli, Billa und Baccarini in der Deputirtenkammer anlässlich der Beratung der Wahlstimmverträge für die einfache Tagesordnung, durch welche der Sturz des Ministeriums Depretis herbeigeführt wurde. Die Tagesordnung wurde von dem designirten Minister der öffentlichen Arbeiten Baccarini eingebracht, welcher bereits in dem am 23. März 1878 gebildeten Cabinet Cairoli, das später durch das Ministerium Depretis abgelöst wurde, das Portefeuille der öffentlichen Arbeiten innehatte.

Die ultramontanen Organe Frankreichs veröffentlichen natürlich wuthschäumende Artikel gegen die Kammermajorität und suchen zugleich einen Trost für den ihnen durch die Annahme des Jesuitenparagraphen bereiteten Schmerz, indem sie den republikanischen Rednern und namentlich Herrn Paul Bert verschiedene Jertthümer nachzuweisen suchen, welche dieselben in ihren Citaten aus den Schriften der Jesuiten begangen haben sollen. Der Minister hat nun im Senat das von der Kammer votirte Gesetz eingebracht, aber nicht, wie angekündigt war, die Dringlichkeitsklärung für dasselbe verlangt, was er freilich noch immer thun kann, wenn die Vorlage ihren ordnungsmäßigen Weg durch die Abtheilungen gemacht hat und so dann bis zur Beratung in pleno gelangt ist. — Der Ministerrath hat beschlossen, sich bei der Enthüllung des Thierdenkmals in Nancy durch die Herren Ledere, Léon Say und Cochezy vertreten zu lassen. — Die letzte Nummer des bonapartistischen Blattes „La jeune garde“, welche den Prinzen Napoleon, die Krone auf dem Haupte, mit Dienen und anderen bonapartistischen Abzeichen umgeben, darstellte, ist mit Beschlag belegt worden und soll wegen Verbreitung anstößiger Embleme in Anklagezustand versetzt werden. Der Sultan hat dem Fürsten Alexander von Bulgarien bei seinem Besuche mitgetheilt, daß sich in kürzester Frist ein besonderer Abgesandter nach Sofia begeben werde, um dem Fürsten den Inhabitar-Berat zu überbringen. — Am 8. Juli ist der Fürst in Tirnovo angelangt und wurde mit außerordentlichem Jubel empfangen; Abends war die Stadt illuminiert. Am 10. leistete die nationale Miliz dem Fürsten den Eid der Treue, worauf Sr. Hoheit eine Rede über acht Regimente Infanterie, eine Batterie Artillerie und eine Schwadron Cavallerie unter dem Commando des Fürsten Donbuloff-

Rorsaloff abhielt. Der Fürst dankte den Officieren der Miliz für ihre unermüdete Ausdauer in der Bildung einer bulgarischen Armee. Eine aus sechs Mitgliedern der Nationalversammlung bestehende Deputation wird sich in 14 Tagen nach Petersburg begeben, um dem Czaren für die Befreiung Bulgariens vom türkischen Joch zu danken.

Aus Washington wird gemeldet, daß das Cabinet in Kurzem die Frage wegen des Panama-Canals beraten wird und besonders die Ausführung des Canals unter französischer Leitung. Wahrscheinlich wird das Cabinet der Meinung officiellen Ausdruck geben, daß man europäischen Regierungen nicht gestatten dürfe, den Canal unter ihre Obhut zu nehmen. Diese Meinung theilen alle Politiker, welche die Minister in dieser Angelegenheit gesprochen haben. Es wirken wichtige Geschäftskreise gegen das französische Project und namentlich auch die der großen westlichen Eisenbahn. Europäische Mächte werden indessen den Vereinigten Staaten schwerlich die Berechtigung zu einem Verbot gegen die Anlage eines solchen Canals zuerkennen. Wenn die Republik Columbia und der Staat Panama die Erlaubniß zur Ausführung des Unternehmens erteilen, so hat eine Einrede aus Washington keinen Rechtsboden.

## Universität und Reichsgericht.

K. W. Leipzig, 13. Juli. Mit wahrhaft inniger Genugthuung dürfen wir unsern Lesern die verbürgte Mittheilung machen, daß die philosophische Facultät unserer Hochschule unlängst einstimmig beschlossen hat, dem Leipziger Ehrenbürger, dem scheidenden Präsidenten des hiesigen früheren Bundes- und jetzigen Reichs-Oberhandelsgerichts, wirklichen Geheimen Rath Dr. jur. Heinrich Eduard Pape, Excellenz, ihre höchsten äußeren Ehren als Ausdruck größter Verehrung zu verleihen. Die Entlassung des Leipziger Magister- und Doctorstitels honoris causa erfolgt hier, wie uns mitgetheilt wird, ausdrücklich in Anerkennung der hohen Verdienste, welche der ausgezeichnete Jurist durch seine gerechte, umsichtige und thätigkeitsreiche Leitung des ersten allgemeinen Gerichts im wiederhergestellten deutschen Reichs sich einmal um die Ausbildung der Rechtswissenschaft überhaupt, dann um die Sicherung des Handels und die Befestigung des Vertrauens des deutschen Volkes auf das Reichs-Oberhandelsgericht für alle Zeit erworben hat.

Das Diplom wird dem verehrten Oberrichter des Reichs bei seiner Rückkehr von der jüngst angetretenen Badereise nach Karlsbad durch eine Facultätsdeputation feierlich überreicht werden.

## Aus Stadt und Land.

\* Leipzig, 13. Juli. Wir haben in der letzten Nummer mitgetheilt, wie sich die sächsischen Reichstagsabgeordneten zu der Frage des Getreidezolls gestellt haben. Heute tragen wir die Mittheilung über das Verhalten der sächsischen Abgeordneten zu dem von Seiten der ultramontanen Abg. von Frandenstein und Genossen gestellten Antrage zu §. 7 des Tarifgesetzes nach, wodurch ohne Zweifel gegen die Finanzpolitik des Reichs ein empfindlicher Stoß geföhrt und, ganz im Gegensatz zu dem vom Reichstanzler ursprünglich proclamirten Zweck der Tarifreform, die Matriculbeiträge zu beseitigen, diese beibehalten und besiegelt worden sind, also der Particularismus einen unerwartbaren Sieg erfochten hat. Für den Frandenstein'schen Antrag stimmten die Abg. Adersmann, Diche, Frege, Grüniger, Günther, v. König, Reich, Richter, Schmiedel, v. Schwarze, dagegen die Abg. Hebel, Eysoldt, Holtmann, Ruyler, Landmann, Redtmach, Kersch, Stephaui, Streit, Bahleisch, Bopel, Wiener. Es stimmten somit 10 sächsische Abgeordnete für und 12 gegen den Antrag; die ersteren gehören ausschließlich der conservativen Partei an.

K. W. Leipzig, 12. Juli. Die hiesige Stadtbibliothek hat endlich verschiedene nöthig gewordene bauliche Veränderungen erfahren. Heute wurde zum ersten Male in diesem Sommer auf dem Gewandhause im großen Bibliotheksale expedirt und zwar nicht mehr im Innern des Saales an der Hofseite, wo bisher die Hauptabfertigung erfolgte, nicht mehr im Hintergrunde nach dem Resermarkt zu, wo das Bureau des Bibliothekars der „Bibliotheca“ eingerichtet war, sondern in der mit Gypsabgüssen nach der Antike und Gemälden recht altclassisch geschmückten, durch ein großes schönes Gitter von geschmackvoller Schmiedearbeit abgetrennten weiten Vorhalle. Die Tischlerarbeiten waren noch nicht beendet und werden während der Expeditionskanten emsig fortgesetzt. Die Anzahl der Bücherchränke ist vermehrt, die Tafeln mit den Rufen für Frucht- und Kartenwerke sind theils ebenfalls vermehrt, theils